Abgeordnetenhaus BERLIN

Drucksache 19 / 17 222 Schriftliche Anfrage

19. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten Tuba Bozkurt (GRÜNE)

vom 1. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 3. November 2023)

zum Thema:

Politische Leitungsstäbe gestärkt, die Leitung dennoch zu schwach fürs Parlament: Kann das Wirtschaftsressort vor Kraft nicht mehr laufen?

und **Antwort** vom 14. November 2023 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 17. Nov. 2023)

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe

Frau Abgeordnete Tuba Bozkurt (Bündnis 90/Die Grünen) über die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/17222

vom 01. November 2023

über Politische Leitungsstäbe gestärkt, die Leitung dennoch zu schwach fürs Parlament:

Kann das Wirtschaftsressort vor Kraft nicht mehr laufen?

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Abgeordneten:

Unter dem Punkt 5 "Verschiedenes" beschloss der Hauptausschuss am 13. Oktober 2023, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe für das Fehlen zu einer Unterausschusssitzung zu sanktionieren. Konkret war die politische Hausleitung bei der Sitzung des Unterausschusses Bezirke, Personal und Verwaltung sowie Produkthaushalt und Personalwirtschaft am 9. Oktober 2023 nicht bei der Beratung zugegen. Der einstimmig gefasste Beschluss besteht in einer pauschalen Minderausgabe um 75.000 Euro zulasten des Einzelplans 13 des aktuellen Senatsbudgets 2022/23.

Für die Koordinierung der Tätigkeiten der politischen Hausleitungen stehen den Senatorinnen und Senatoren erhebliche Ressourcen zur Verfügung. Mit Antritt des Senats des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner sind diese politischen Steuerungspositionen personell und finanziell durch Einführung einer weiteren Steuerungsebene noch einmal erweitert worden.

1. Was führte dennoch zum hier sanktionierten Versäumnis der Bürgermeisterin und Senatorin bzw. ihrer Staatssekretäre?

Zu 1.: Die fehlende Teilnahme der Senatorin bzw. ihrer Staatssekretäre beruht auf einem bedauerlichen durch einen außergewöhnlich hohen Krankheitsstand hervorgerufenen internen Fehler.

2. Zulasten welcher konkreten Maßnahmen und Ausgabeposten im aktuellen Einzelplan der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Betriebe wird sich die Minderausgabe von 75.000 Euro niederschlagen?

Zu 2.: Die pauschale Minderausgabe wird gemäß Nr. 3 der Verfahrensregeln des Hauptausschusses i.V.m. Nr. 5 der Auflagen zum Haushalt 2022/2023 aus dem Kopfkapitel 1300, Titel 42201 (Bezüge der planmäßigen Beamten) geleistet. Aufgrund noch nicht abgeschlossener Stellenbesetzungsverfahren wurden die hier zur Verfügung stehenden Mittel noch nicht voll ausgeschöpft.

3. In welcher Form erfolgt die persönliche und politische Verantwortungsübernahme durch die Senatorin und ihre Staatssekretäre?

Zu 3.: Wie zu 1. ausgeführt, handelt es sich um einen aus einer hohen Belastungssituation heraus entstandenen Fehler. Der Prozess zur Sicherstellung der Teilnahme der politischen Leitung an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses ist klar definiert und stellt die Anwesenheit der Senatorin und Staatssekretäre sicher. Die Führungsverantwortung gegenüber den Beschäftigten wird von der politischen Hausleitung selbstverständlich wahrgenommen.

4. Welche Vorkehrungen werden unternommen, um die Teilnahme des Senats an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses als Berliner Volksvertretung und seinen Gremien durch die parlamentsverantwortlichen Senatorinnen und Senatoren zu gewährleisten? Welche Vorkehrungen trifft insbesondere die Senatorin für Wirtschaft, Energie und Betriebe?

Zu 4.: Die Teilnahme des Senats an den Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird durch die vorhandenen Regelungen und organisatorischen Abläufe gewährleistet. Zur Sicherstellung der Verfahrensabläufe in besonderen Belastungssituationen werden diese aktuell noch einmal auf Optimierungspotenziale überprüft und eine Dokumentation im Rahmen des Wissensmanagements erarbeitet, um im Abwesenheitsfall Vertretungskräften alle erforderlichen Informationen zugänglich zu machen.

Berlin, den 14.11.2023

In Vertretung

Michael Biel

Senatsverwaltung für Wirtschaft,
Energie und Betriebe